

Fallen der Globalisierung

Zu Beginn des neuen Jahrtausends dokumentierte die Frankfurter Allgemeine Zeitung die „Karriere“ der Wortes „Globalisierung“: Zwischen 1993 und 2001 stieg die Anzahl der Nennung des Begriffes allein in der FAZ von 34 auf 1.136 – also um mehr als das Dreißigfache. „Globalisierung“ war „das“ Wort der 90er Jahre.¹



Foto: FAZ

Ein Meilenstein dürfte dabei die (populär-)wissenschaftliche Studie der beiden Spiegel-Autoren Hans-Peter Martin und Harald Schumann gewesen sein, die den Kontext von ökonomischer Internationalisierung und Vernetzung sowie strukturellen Verwerfungen in Arbeitswelt und Politik im Begriff der „Globalisierungsfalle“ konstatierte² und damit einen kritischen Standpunkt markierte. Der Politikwissenschaftler Jürgen Hoffmann hat wenige Jahre später in einem Beitrag der Zeitschrift „Aus Politik und Zeitgeschichte“ den einsetzenden Boom der Globalisierungslektüre zu drei „Lesarten“ von Globalisierung zusammengefasst:³

- In einer ersten werde Globalisierung als „völlig neue Phase der gesellschaftlichen Entwicklung“ verstanden – oft auch als „Horrorvision“, die die nationalstaatliche Politik aushebele und in die Konkurrenz nationaler „Wettbewerbsstaaten“ münde, mit der soziale Sicherungssysteme zerstört würden.
- Eine zweite Lesart sehe im „Gerede“ von der Globalisierung „ein Täuschungsmanöver, mit dem nationalstaatliche Politiken und vor allem Gewerkschaftspolitik auf einen wirtschaftsfreundlichen Kurs gezwungen werden sollen“.
- „Lachender Dritter“ sei schließlich der von keinerlei Skrupeln geplagte Marktradikale, der im Globalisierungsprozess die Wiedergeburt des nunmehr aus den Zwängen einer vermeintlich „überregulierten“ nationalen Ökonomie befreiten Marktes feiert und die Entfesselung der Marktkräfte als Anpassung an ökonomische Weltmarktwänge fordert.

¹Vgl. Ulrich Brand, Globalisierung als Projekt und Prozess. Neoliberalismus, Kritik der Globalisierung und die Rolle politischer Bildung, in: Gerd Steffens (Hrsg.), Politische und ökonomische Bildung in Zeiten der Globalisierung, Münster 2007, S. 228–244, hier S. 229

²Hans-Peter Martin / Harald Schumann, Die Globalisierungsfalle. Der Angriff auf Demokratie und Wohlstand, Reinbek b. Hamburg 1996.

³Jürgen Hoffmann, Ambivalenzen des Globalisierungsprozesses. Chancen und Risiken der Globalisierung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B. 23 (1999), S. 3–10

Tatsächlich dokumentierte die zeitgleich einsetzende Diskussion um den „Standort Deutschland“ den Kern der politischen Stoßrichtung der Globalisierungsdebatte. Sie wurde bis zur weltweiten Krise der Finanzmärkte vor allem dazu benutzt, die angebliche „Unvermeidlichkeit“ gesellschaftlicher Entwicklungen (Arbeitslosigkeit, Sozialabbau, Lohnsenkungen etc.) zu rechtfertigen. Insofern ist, darauf hat der Hochschullehrer Ulrich Brand zu Recht hingewiesen, Globalisierung immer ein „ideologischer Kampfbegriff“⁴ gewesen; Gleiches lässt sich wohl auch für die Standortdiskussion behaupten. Die Verknüpfung von Globalisierungs- mit der Standort-Diskussion sei, so die Wirtschaftswissenschaftler Stefan Müller und Martin Kornmeier, dabei aus zumindest zwei Gründen problematisch: Aus gesellschafts- und wirtschaftspolitischer Perspektive werde „zumeist ein Zusammenhang zwischen Globalisierung und dem Abbau von Arbeitsplätzen konstruiert und zu (verteilungs-)politischen Zwecken missbraucht. Hierzu wird oft der komplexe Sachverhalt simplifizierend auf folgenden „Argumentationsstrang“ verkürzt:

- Der Standort Deutschland ist aufgrund der zunehmenden Globalisierung nicht mehr wettbewerbsfähig (zu teuer, zu rigide, zu saturiert).
- Um wieder wettbewerbsfähig zu werden, müssen primär die Arbeitskosten gesenkt werden.
- Falls dies den Unternehmen verwehrt wird, müssen sie Humankapital durch eine effizientere Technologie ersetzen, weshalb die Zahl der Arbeitslosen wächst.

Aus wissenschaftlicher Sicht komme es dabei zu einer „naiven Vereinfachung des Ursache/Wirkungs-Zusammenhangs: Die meisten Diskutanten reduzieren das Standortproblem auf „die“ Kosten, womit sie im Regelfall die Lohn(neben)kosten meinen. Strukturelle Schwachstellen, welche nicht minder bedeutsam sind, werden dagegen „übersehen“.⁵

Auch die am Ende des letzten Jahrhunderts vom Deutschen Bundestag als erstem Parlament der Welt eingerichtete Enquete-Kommission, die sich unter dem Vorsitz Ernst Ulrich von Weizsäcker (SPD) gut zwei Jahre lang systematisch mit den Fragen der Globalisierung beschäftigen sollte, gelangte in ihrem Abschlussbericht zu durchaus kritischen Aussagen zum Zusammenhang von Standortwettbewerb und Sozialstaat: „Alles in allem überwiegt die Befürchtung, dass die Standortkonkurrenz zwischen den Staaten – anders als die Konkurrenz zwischen Unternehmen – weniger einen produktivitätssteigernden Effekt hat als zu einem unproduktiven Quasi-Subventionswettlauf führt, der nicht nur die arbeits- und sozialpolitischen Handlungsspielräume der Staaten immer mehr einschränkt, sondern auf lange Sicht auch zur Erosion des Sozialstaates führen könnte. Es gibt wenige Gründe für die optimistische Erwartung, in der Standortkonkurrenz werde eine Art Gleichgewicht eintreten, das ein angemessenes Maß an sozialem Ausgleich und Schutz (...) garantieren würde. Kein Land könne somit auf lange Sicht durch diese Art von Standortwettbewerb etwas gewinnen, vielmehr wären letztlich alle schlechter gestellt als zuvor. Es reicht demnach nicht aus, wenn die staatliche Politik sich an die Interessen der Eigentümer mobiler Produktionsfaktoren anpasst. Erforderlich ist vielmehr eine Strategie gegen einen Deregulierungswettlauf, die sich auf internationale Koordination und/oder auf Reformen stützt, die das institutionelle Gefüge des Sozialstaates unabhängiger von möglichen Wanderungen der mobilen Produktionsfaktoren zu machen versucht.“⁶

⁴Ulrich Brand, a.a.O., S. 230

⁵Stefan Müller/Martin Kornmeier: Globalisierung als Herausforderung für den Standort Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 9 (2001), S. 6–14, hier S. 7 f.

⁶Deutscher Bundestag (Hrsg.), Schlussbericht der Enquete-Kommission „Globalisierung der Weltwirtschaft“, Opladen 2002, S. 228

Heute, in der zweiten Dekade des 21. Jahrhunderts, lassen sich die (veränderten) relevanten Problem- und Konfliktfelder des Globalisierungsprozesses wie folgt benennen:

- die sich vertieft habende Diskrepanz zwischen einem ökonomischen Internationalisierungsprozess und noch überwiegend (nationalpolitischen) Steuerungsinstrumenten, die gegenüber dem gestiegenen Konkurrenzdruck der Staaten gleichsam „zahnlos“ geworden sind
- die Umverteilung von Einkommen zugunsten von Gewinnen (sinkende Lohnquote), die vielfach nicht zu Investitionen in der Realwirtschaft führten, sondern auf den Finanzmärkten landeten; durch diese Umverteilung wurde zudem die Binnenwirtschaft geschwächt und die Exportabhängigkeit der Wirtschaft verstärkt
- die damit einhergehende Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse wie Teilzeitarbeit, befristete Beschäftigungen oder Leiharbeit, die – bei einer nach wie vor hohen Arbeitslosigkeit – ein wachsendes Armutsrisiko der Bundesbürgerinnen und -bürger begründen
- die Dominanz entfesselter (und instabiler) Finanzmärkte (wobei die Entfesselung politisch gewollt war) und spekulativ-virtueller Wertpapier-Geschäfte gegenüber der realwirtschaftlichen Akkumulation
- die damit einhergehende Krisenanfälligkeit von Branchen, Staaten und Regionen (gegenwärtig der Euro-Zone), die die Aufgaben des Staates neu gewichtet

Vor allem evozieren die vermehrten sozialen Problemlagen und die wachsende Kritik an diesen eine Gegenreaktion der Gesellschaft. Schon vor Ausbruch der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise wurde in der Öffentlichkeit über arbeits- und sozialpolitische Korrekturen (Mindestlöhne / verbesserte Kinderbetreuung / Elternurlaub etc.) diskutiert. Mit der Zuspitzung der weltweiten Finanzkrise 2008 begann sich das Stimmungsbild mit Blick auf die Rolle des Staates grundsätzlich zu wandeln: Diesem wurde nicht nur zugestanden, mit Milliardenprogrammen das Finanzsystem zu stabilisieren, sondern auch umfassende Konjunkturprogramme aufzulegen („Abwrackprämie“), deren Sinnhaftigkeit in den Jahren zuvor stets vehement in Abrede gestellt worden war.⁷ Nahezu zeitgleich lösten die Gewerkschaften einen öffentlichen Diskussionsprozess aus, wie zukünftig – also auch unter globalisierten Bedingungen – „Gute Arbeit“ aussehen könnte.

⁷Vgl. Hans-Jürgen Bieling, Metamorphosen des „integralen Staates“. Konkurrierende Leitbilder in der Krisendiskussion, in: Elmar Altvater u.a., Die Rückkehr des Staates? Nach der Finanzkrise, Hamburg 2010, S. 37–60, hier insbes. S. 47

Impressum

DGUV Lernen und Gesundheit, Arbeiten in Zeiten der Globalisierung, Februar 2018

Herausgeber: Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung (DGUV), Mittelstraße 51, 10117 Berlin

Redaktion: Andreas Baader, Sankt Augustin (verantwortlich); Karen Guckes-Kühl, Wiesbaden

Text: Dr. Dietrich Heither, Niedernhausen

Verlag: Universum Verlag GmbH, 65175 Wiesbaden, Telefon: 0611/9030-0, www.universum.de



Internet-
hinweis



Arbeits-
blätter



Arbeits-
auftrag



Präsentation



Video



Didaktisch-
methodischer
Hinweis



Lehrmaterialien